

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF
Per Email
armscontrol@seco.admin.ch

Bern, 17. Juni 2020 sgv-Sc

Vernehmlassungsantwort

Änderung des Kriegsmaterialgesetzes als indirekter Gegenvorschlag zur Eidgenössischen Volksinitiative «Gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer (Korrektur-Initiative)»

Sehr geehrte Damen und Herren

Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der Schweizerische Gewerbeverband sgv über 230 Verbände und gegen 500 000 KMU, was einem Anteil von 99,8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.

Der sgv lehnt sowohl die Volksinitiative als auch den vorgelegten Gegenvorschlag in seinen zwei Varianten ab. Der sgv verlangt die Ablehnung der Volksinitiative ohne Gegenvorschlag.

Bereits heute ist der Export von Kriegsmaterial in der Schweiz klar eingeschränkt. Der Export in Länder, welche Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzen, ist im Grundsatz untersagt. Eine Exportbewilligung kann einzig dann trotzdem erteilt werden, wenn «ein geringes Risiko besteht, dass das auszuführende Kriegsmaterial zur Begehung von schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen eingesetzt wird» (Art. 5 Abs. 4 KMV).

Damit reichen die bereits existierenden rechtlichen Regelungen aus, um das Anliegen der Volksinitiative umzusetzen. Sowohl die Volksinitiative als auch die vom Bundesrat lancierten Varianten des Gegenvorschlags sind also obsolet.

Variante zwei ist eine Umsetzung der Volksinitiative auf der Gesetzes- statt auf der Verfassungsebene und damit kein echter Gegenvorschlag; Variante eins ist eine weitergehende Einschränkung der wirtschaftlichen Tätigkeiten der bestehenden Industrie und damit wirtschaftsfeindlich und falsch.

Einerseits unternimmt der Schweizer Staat ordnungspolitisch fragwürdige Anstrengungen, die Rüstungsindustrie zu erhalten, andererseits will der gleiche Staat die Tätigkeiten dieser Industrie derart eingrenzen, dass sie unfähig wird, zu überleben. Bildlich gesprochen: Bei vollem Aufdrehen der Heizung werden alle Fenster geöffnet.

Selbstverständlich lehnt der sgv diesen Widerspruch und damit den sogenannten Gegenvorschlag des Bundesrates ab.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Gewerbeverband sgV



Hans-Ulrich Bigler
Direktor sgV, e. Nationalrat



Henrique Schneider
stellvertretender Direktor